

Ortsgemeinde Kempfeld



Änderung der rechtskräftigen Bebauungspläne

- Gewerbegebiet an der Herrsteiner Straße)
- Orenborn
- Orenborn Erweiterung
- In den Urbesfeldern
- Erweiterung In den Urbesfeldern
- Sondergebiet für Erholung und Fremdenverkehr

zur Steuerung von Mobilfunkstandorten in der Gemarkung Kempfeld

Zusammenfassende Erklärung

gemäß § 10 Abs. 4 BauGB

akp_ Stadtplanung + Regionalentwicklung

akp_ Brandt Höger Kunze Partnerschaft • Dipl.-Ing. Stadt- und Landschaftsplanung

adresse_ Friedrich-Ebert-Straße 153 • 34119 Kassel

telefon_ 0561.70048-68 telefax_ -69 e-mail_ post@akp-planung.de

wu 11.12

Berücksichtigung der Umweltbelange in der Planung

Im Mittelpunkt der Planung stehen die umweltbezogenen Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit im Sinne eines vorsorgenden Immissionsschutzes.

Die Konzeption der Bauleitplanung (Aufstellung eines einfachen Bebauungsplanes für den unbeplanten Innenbereich und Änderung aller rechtskräftigen Bebauungspläne durch die Ortsgemeinde Kempfeld sowie Aufstellung eines sachlichen Teilflächennutzungsplanes durch die Verbandsgemeinde Herrstein) basiert daher auf dem Ausschluss von Mobilfunkanlagen in Bereichen, deren städtebaulicher Charakter vorwiegend von Wohnen geprägt ist, sowie im Umfeld von sensiblen Einrichtungen wie Kindergärten und –horten oder Schulen sowie einem möglichst großen Abstand hierzu bei gleichzeitiger Sicherstellung der flächendeckenden Versorgungsmöglichkeit der Ortsteile Kempfeld und Katzenloch. Die Versorgung der Ortsteile mit Mobilfunkdienstleistungen soll so weitestgehend über funktechnisch geprüfte Eignungsflächen im Außenbereich und u.U. über eine größere gewerbliche Baufläche am nördlichen Rand von Kempfeld (ausnahmsweise Zulässigkeit von Mobilfunksendeanlagen) erfolgen. Für den Außenbereich erfolgt die Darstellung funktechnisch geprüfter Positivflächen auf Ebene eines sachlichen Teilflächennutzungsplans.

Im Vergleich zum bisherigen Status wird mit der Zuweisung von Mobilfunksendeanlagen in den Außenbereich ein deutlich erweiterter Schutz von Wohnstandorten und sensiblen Nutzungen vor elektromagnetischen Emissionen durch Mobilfunksendeanlagen erreicht.

Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange hat sich insbesondere ein thematischer Schwerpunkt herausgebildet. So wurde von Seiten der Mobilfunkbetreiber primär die Zulässigkeit und Erforderlichkeit der Planung sowie die sachgerechte Abwägung in Frage gestellt.

Auf die Kritik der Mobilfunkbetreiber wurde mit einer ausführlichen Darlegung des Bebauungsplankonzepts und seiner Legitimation sowie der zugrunde liegenden sachgerechten Abwägung im Rahmen des Abwägungsbeschlusses reagiert. Die Erforderlichkeit der Planung macht sich an folgenden Aspekten fest:

- der anerkannten städtebaulichen Relevanz von Mobilfunksendeanlagen,
- den aus dem höchst strittigen, große Verunsicherung in der Bevölkerung verursachenden Gefährdungspotenzial resultierenden bewältigungsbedürftigen Spannungen und städtebaulichen Konflikten,
- der angestrebten Verwirklichung städtebaulicher Grundsätze und des Schutzes städtebaulicher Belange (insbesondere: eine dem Allgemeinwohl dienende, sozial gerechte Bodenordnung, die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse, die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes, die Belange des Umweltschutzes, die Wahrung des sozialen Friedens, die Wahrung des Gebietscharakters / von Gebietsqualitäten, das Nachhaltigkeitsprinzip, aber auch die Belange der Versorgung mit Telekommunikationsleistungen).

Die Zulässigkeit der Planung macht sich insbesondere fest an:

- der Anwendung des der Bauleitplanung zugrunde liegenden Vorsorgeprinzips, dem mit der 26. BImSchV nicht hinreichend entsprochen werden kann,
- einer mit dem Bebauungsplan erwirkten städtebaulichen Konfliktregulierung durch die räumliche Zuordnung von Mobilfunksendeanlagen zu gewerblichen Bauflächen bzw. in den Außenbereich unter Berücksichtigung der funktechnischen Versorgung von Kempfeld und Katzenloch.

Entgegen der in den Stellungnahmen geäußerten Auffassung der Mobilfunkbetreiber findet somit keine unzulässige immissionsschutzrechtliche Zielsetzung und kein Ersatz des Bundesimmissionsschutzrechts durch Festsetzung lokaler Immissionsgrenzwerte sowie keine Negativ-/Verhinderungsplanung statt.

Vielmehr beruht die der Bauleitplanung zugrunde liegende sachgerechte Abwägung darauf, dass neben der Festsetzung von Ausschlussgebieten auch die funktechnische Versorgungsmöglichkeit von Kempfeld und Katzenloch durch das Gutachten des EMF-Instituts nachgewiesen wurde und eine Festsetzung von Zulässigkeitsbereichen außerhalb (Darstellung von Eignungsflächen auf Ebene des Teilflächennutzungsplans) sowie ausnahmsweise zulässigen Bereichen innerhalb des Siedlungsgebiets vorgenommen wurde (Positivplanung). Hierbei wurden, im Sinne einer sachgerechten Planung, auch wirtschaftlichen Aspekte berücksichtigt und insofern ebenso die Belange der Mobilfunkbetreiber berücksichtigt. Darüber hinaus gewährleistet das funktechnische Gutachten hinsichtlich der getroffenen Standortvorschläge neben den funktechnischen Versorgungsmöglichkeiten ebenso die Immissionsminimierung für Gebiete, die vorwiegend dem Wohnen dienen sowie die Umgebung von sensiblen Einrichtungen.

Abwägung von Planungsalternativen

Die grundsätzliche Entscheidung zugunsten der vorliegenden Änderung bestehender Bebauungspläne (deren Alternative ein Planungsverzicht gewesen wäre) beruhte auf den bereits oben dargelegten Aspekten der Zulässigkeit und Erforderlichkeit der Planung.

Die Festsetzung der Unzulässigkeitsgebiete und der Gebiete ausnahmsweiser Zulässigkeit sowie die Darstellung der konkreten Eignungsstandorte im Teilflächennutzungsplan erfolgte dabei unter städtebaulichen Gesichtspunkten, wobei über das funktechnische Gutachten des EMF-Instituts sowohl eine ausreichende funktechnische Versorgbarkeit der Ortsteile Kempfeld und Katzenloch mit Mobilfunkdienstleistungen als auch die Immissionsminimierung für sensible Bereiche berücksichtigt wurde. Das der Planung zugrunde liegende funktechnische Gutachten ist im Anhang zur Begründung der Änderung der Bebauungspläne dokumentiert.

Kempfeld, den 21.11.2012

Ortsgemeinde Kempfeld


Ortsbürgermeister



akp_ 11.12